

WIR LEBEN UNTER UNSEREN VERHÄLTNISSEN

Prof. Peter Bofinger über die Reformfehler der Bundesregierung, das »Elend der Wissenschaft« und die Probleme mit dem Aufbau Ost.

W&M: Der Streit um die Arbeitsmarktreform hat das Sommerloch gefüllt. Jetzt haben die Proteste auf Straßen, Plätzen und in Fernsehkanälen Korrekturen an Hartz VI erzwungen. Wird nun alles gut, Herr Professor?

Peter Bofinger: Schön wärs, aber daran ist nicht zu denken. Das Arbeitslosengeld II bleibt ein erhebliches Risiko für die Konjunktur. Bedroht sind ja nicht nur die drei Millionen Langzeitarbeitslosen, von denen viele erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Es werden auch immer mehr der 34 Millionen Beschäftigten verunsichert, die nun noch mehr Angst vor dem Verlust des Jobs bekommen, weil sie sich schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf dem bislang so fernen Sozialhilfeniveau wiederfinden.

W&M: Mit der Folge?

Peter Bofinger: Dass die Leute jegliches Risiko scheuen und immer mehr die Tasche zumachen.

W&M: Statt zu konsumieren wird für bittere Zeiten vorgesorgt und gespart?

Peter Bofinger: Und das am besten schwarz, weil ehrliches Sparen nichts mehr bringt. Das wäre, als wenn das Kalb selbst zum Metzger rennen würde. Die Zinsen sind ohnehin sehr niedrig, und das Sozialamt kassiert das Gesparte bei der Berechnung der Leistungen.

W&M: Neben der Angst gibt es aber auch Hoffnungen. Der Export boomt, die Konjunktur zieht an, das zweite Quartal brachte ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent. Bringt 2005 die Wende auf dem Arbeitsmarkt?

Peter Bofinger: Die Wachstumsraten werden wohl so bleiben, aber für den Arbeitsmarkt bringt das bisher wenig. Zudem werden wir auch im nächsten Jahr in Europa das Land mit der wohl schwächsten Binnennachfrage sein.

W&M: Woher rührt diese Schwäche?

Peter Bofinger: Aktuell unter anderem daher, dass die Bundesregierung versucht hat, den Steuerausfällen der letzten Jahre hinterherzusparen. Die chronisch schwache Binnenwirtschaft ist die Quittung.

W&M: Was heißt hier aktuell: Ist denn nicht die jahrelange Vernachlässigung der Binnennachfrage in der Bundesrepublik der tiefere Grund für unser konjunkturelles und damit auch beschäftigungspolitisches Dilemma?

Peter Bofinger: Keine Frage, die Wirtschaftspolitik kümmert sich seit Jahren kaum um die Nachfrageseite. Und ein ganzes Heer von Wissenschaftlern unter Führung von Werner Sinn vom Münchner ifo Institut hat mit ihren angebotsorientierten Thesen dafür die »reine Lehre« geliefert.

W&M: Umso schwerer haben es Nachfrage-Theoretiker wie Sie, in der Öffentlichkeit durchzudringen. Besteht das »Elend« der Wirtschaftswissenschaften darin, immer wieder in ideologischen Streit abzugleiten?

Peter Bofinger: Mit Verlaub, ich kann mich über öffentliches Desinteresse nicht beklagen.

Und generell gilt für die Volkswirtschaft, dass sie immer auch von Ideologie geprägt wird. Das freilich birgt die Gefahr einseitiger Ausrichtung wie eben in Deutschland in sich. Unsere Politik zielt seit Jahren darauf ab, Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das zeitigt auch Wirkung: Unsere Unternehmen –siehe Exporterfolge – sind in hervorragender Weise auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Gleichzeitig leiden wir aber auch seit mindestens fünf Jahren an einer stagnierenden Binnennachfrage.

W&M: Woher rührt diese einseitige wirtschaftspolitische Ausrichtung?

Peter Bofinger: Einzelwirtschaftliches Denken entfacht eine enorme Suggestion. Jedem ist aus seinem Alltag eingängig, dass man bei klammen Kassen sparen muss. Nicht erklärlich aber bleibt vielen, dass Unternehmen trotz Lohnzurückhaltung oder gar Lohnsenkung nicht mehr Leute einstellen.

W&M: Mangelt es an einem Schuss Makroökonomie?

Peter Bofinger: Zunächst erst einmal an professionellem wirtschaftlichen Denken.

W&M: Geht das der Bundesregierung ab?

Peter Bofinger: Sie hat, wie gesagt, in einer finanzpolitisch schlechten Lage immer wieder zu konsolidieren versucht und damit Konjunktur gebremst. Mit dem Ergebnis, dass man in Europa am Ende der wirtschaftlichen Entwicklung rangiert und am Schluss auch nichts gespart hat.

W&M: Sollte der Staat jetzt anstatt zu sparen besser ein Konjunkturprogramm finanzieren?

Peter Bofinger: Er sollte vor allem für Stetigkeit sorgen, d.h. in den nächsten Jahren seine Ausgaben für Investitionen und Personal um rund eineinhalb bis zwei Prozent pro Jahr erhöhen. Damit würde er schon etwas für die Binnennachfrage tun.

W&M: Stattdessen, versucht die Bundesregierung den Leuten Beine zu machen indem sie – siehe Hartz IV – soziale Sicherungsmechanismen weiter abbaut. Birgt das nicht die Gefahr, dass dabei auch der Solidargedanke innerhalb unserer Gesellschaft flöten geht?

Peter Bofinger: Die Gefahr besteht, zumal sich Arbeitnehmer in Deutschland in der Vergangenheit als Teil ihres Unternehmens gesehen haben. Das hat ein leistungsförderndes Wir-Gefühl erzeugt und so wesentlich zur hohen Qualität deutscher Produkte wie auch gleichzeitig zum Erfolg der sozialen Marktwirtschaft beigetragen.

W&M: Unternehmer, Wissenschaftler und Politiker fordern gleichlautend, die staatliche Versorgungsmentalität müsse geschliffen, die Staatsquote gesenkt und stattdessen mehr Eigeninitiative entfacht werden. Leben wir tatsächlich über unsere Verhältnisse?

Peter Bofinger: Nein. Es gibt keine große Volkswirtschaft, die so unter ihren Verhältnissen lebt wie die deutsche.

W&M: Woran machen Sie diese These fest?

Peter Bofinger: An der Leistungsbilanz. Kein großes Land hat einen so hohen Leistungsüberschuss wie wir vorzuweisen.

W&M: Dafür macht der Staat jede Menge Schulden – ist das denn jetzt kein »Über-die-Verhältnisse-leben«?

Peter Bofinger: Gewiss, als öffentliche Hand lebt die Bundesrepublik, wie fast alle anderen Länder auch, über ihre Verhältnisse.

W&M: Sie vertrauen auf den alten Trott?

Peter Bofinger: Was heißt alter Trott, unsere Gesellschaft ist mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft bisher gut gefahren. Wenn wir das erhalten wollen, muss der Staat dafür auch weiterhin einen angemessenen Beitrag leisten.

W&M: Was heißt das?

Peter Bofinger: Dass wir kein angelsächsisches Modell mit einer Staatsquote von 40 Prozent brauchen können. Die skandinavischen Länder, Frankreich und Österreich liegen bei über 50 Prozent und sind damit sehr erfolgreich. Die gute Bildungspolitik in Skandinavien ist dafür ein unbestreitbarer Beleg. Daran sollten wir uns orientieren.

W&M: Selbst um den Preis, der nachwachsenden Generation immer höhere Schulden

aufbürden zu müssen?

Peter Bofinger: Die Jungen erben ja nicht nur Schulden – sie werden auch die öffentlichen Anleihen erben. Deshalb sind für die künftigen Generationen der Kapitalstock der Unternehmen, ihre Ausbildung, die Infrastruktur und die Umweltqualität entscheidender als die bestehenden Schulden des Staates.

W&M: Schuldtitel des Staates sind also weniger »spannend«?

Peter Bofinger: Nur dann, wenn damit die Investitionstätigkeit des Staates oder der Unternehmen beeinträchtigt wird. Im Augenblick betreiben wir eine Politik, bei der der Staat per Saldo desinvestiert. Die Investitionen sind also geringer als die Abschreibungen. Das aber geht ganz klar zu Lasten künftiger Generationen.

W&M: Muss die Politik diesbezüglich umdenken beziehungsweise sich korrigieren?

Peter Bofinger: Politiker sind manchmal wie Wanderführer, denen es nach zwei Stunden Wanderung schwer fällt, der Gruppe zu sagen, dass sie sie in die falsche Richtung geführt haben. Sie laufen dann lieber weiter, in der Hoffnung, dass es niemandem auffällt.

W&M: Oder man bekennt, wie unser »oberster Bergführer« Gerhard Schröder, dass er nur in eine Richtung gehen könne.

Peter Bofinger: Das will ich jetzt nicht interpretieren. Aber, um im Bilde zu bleiben, irgendwann merkt jeder, dass man auf diesem Wege nicht die Berghütte erreicht.

W&M: Seit wann ist die Bundesrepublik auf dem falschen Weg?

Peter Bofinger: Das ist nicht so einfach zu terminieren. Wir haben seit 1990 eine ganze Reihe von Fehlern gemacht, die uns in Summe auf den falschen Kurs gebracht haben. Am Entscheidendsten waren wohl die Fehler, die wir bei der deutschen Vereinigung gemacht haben.

W&M: Auch keine so neue These, dass der Osten Schuld am Dilemma der Bundesrepublik ist. Was hätten Sie denn anders gemacht?

Peter Bofinger: Ich hätte den Ostdeutschen ihre Wohnungen gelassen – als Basis für die Bildung von Eigentum und zum Ausgleich für niedrigere Löhne. So hätte man die zu schnelle Lohnangleichung etwas abbremsen können. Und ich hätte versucht, die ehemaligen volkseigenen Betriebe in einem offenen Auktionsverfahren zu privatisieren.

W&M: Und was hätte das Ihrer Meinung nach gebracht?

Peter Bofinger: Transparentere Privatisierungsverfahren und die Möglichkeit, die Unternehmen viel stärker nach ihrem Beitrag für mehr Beschäftigung zu subventionieren. Stattdessen hat man allein das Kapital subventioniert, nicht aber den Faktor Arbeit mit allen Folgen für die Beschäftigung.

W&M: Professor Bofinger, was gehört noch zu den Fehlern der Wirtschafts- und Währungsunion?

Peter Bofinger: Sicherlich die Finanzierung der deutschen Einheit über Sozialabgaben. Das hätte über Steuern geschehen müssen. Problematisch war auch, dass die Bundesbank nichts gegen die Aufwertungen der D-Mark in den Jahren 1992 bis 1995 getan hat. Auch das hat vor allem Ostdeutschland und seine Betriebe getroffen.

W&M: Die Transferleistungen von West nach Ost betragen pro Jahr etwa vier Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts, etwa soviel wie das BIP Tschechiens oder Ungarns. Trotzdem kommen die neuen Bundesländer kaum voran. Muss der Bergführer nicht endlich rufen: Vorwärts, wir müssen zurück?

Peter Bofinger: Wohin dann, bitteschön? Was den Osten betrifft, sind viele Experten ratlos. Ich selbst habe schon mehrmals offen bekannt, dass mir soviel auch nicht mehr dazu einfällt, denn die Löhne können nicht noch weiter nach unten fallen, Tarifverträge sind weitestgehend außer Kraft und außerdem mangelt es trotz aller Investitionshilfen an Arbeitsplatz schaffenden Investitionen.

W&M: Fachleute aus der Dohnanyi-Kommission haben unlängst ein Papier zum Aufbau Ost vorgelegt und darin unter anderem gefordert, nur noch ostdeutsche Wachstumskerne zu

fördern. Bringt das die Wende?

Peter Bofinger: Wahrscheinlich mehr Effizienz bei der Mittelvergabe, keinesfalls aber den Durchbruch.

W&M: Was halten Sie dann von dem Vorschlag, die Investitionen in die ostdeutsche Infrastruktur zu begrenzen? Schließlich ist der Osten weitestgehend erschlossen, zugleich aber sind viele ostdeutsche Regionen durch Abwanderung dramatisch entvölkert?

Peter Bofinger: Das ist eine schwierige Gratwanderung. Wenn ich nicht mehr in die Infrastruktur investiere, nimmt die Abwanderung eher noch zu. Auf der anderen Seite nützen geteerte Straßen nichts, wenn sie keiner mehr befährt. Vielleicht sollten wir noch einmal einen intellektuellen Zwischenanlauf versuchen.

W&M: Wie könnte der aussehen?

Peter Bofinger: Indem wir renommierte Experten aus dem Ausland bitten, die Probleme im Osten zu analysieren und Vorschläge zu entwickeln, wie den neuen Ländern zu helfen wäre. So kam im Jahr 1990 die Idee der Lohnsubventionen für den Osten von George Akerlof aus Berkeley. Damals hat ihn niemand angehört. Heute wäre das wohl anders, er ist inzwischen Nobelpreisträger.

W&M: Herr Bofinger, wir danken für das Gespräch.